

II-1516 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 861 1J

1991-04-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Leikam
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Einleitung eines Verfahrens gegen Landeshauptmann Dr. Jörg
Haider

Der Kärntner Landtag forderte in seiner Sitzung vom 25. September 1990 die Kärntner Landesregierung auf, aufgrund des Zwischenberichtes des Untersuchungsausschusses betreffend Zellstoff Villach GesmbH gegen die Landesbeamten Dipl. Ing. Karl Fanta und Dr. Jörg Schuster Disziplinaranzeigen zu erstatten.

Im Rahmen einer Pressekonferenz des Kärntner Landeshauptmannes und des damaligen Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Landtagsabgeordneten Reinhard Gaugg am 1. Feber 1991 wurde u. a. von den beiden Genannten gegenüber der Presse der Vorwurf erhoben, daß der Leiter der Finanzabteilung beim Amt der Kärntner Landesregierung, Dr. Jörg Schuster, im nachhinein an Akten die dem Untersuchungsausschuß vorgelegt wurden, Manipulationen vorgenommen hätte. Diese Aussage führte zu einer Anzeige gegen Dr. Jörg Schuster bei der Staatsanwaltschaft Klagenfurt. Mit Schreiben vom 14.3.1991 teilt die Staatsanwaltschaft Klagenfurt mit, daß aufgrund der Erhebungen die Anzeige gegen Dr. Jörg Schuster gem. § 90 Abs. 1 StPO eingestellt wurde.

Es erhebt sich nun die Frage inwieweit nun aufgrund dieser Situation der Kärntner Landeshauptmann und der Vorsitzende des Magdalen Untersuchungsausschusses mit ihrer in der Öffentlichkeit erhobenen Behauptung, eine Verleumdung begangen und rechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz die nachstehende

A n f r a g e :

1. Begeht jemand, der vorsätzlicher Weise und wissend, daß der Tatbestand ein anderer ist, Personen der Urkundenfälschung beschuldigt, eine strafbare Handlung?
2. Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer solchen Vorgangsweise?
3. Müßte die Staatsanwaltschaft nicht von sich aus Anzeige gegen jene Personen erheben, die diese unwahren Behauptungen öffentlich kundgetan haben?
4. Sind Sie, Herr Bundesminister bereit, der Staatsanwaltschaft Klagenfurt die Weisung zu erteilen gegen Landeshauptmann Haider und Herrn Reinhard Gaugg ein Verfahren einzuleiten?